

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6390, 16/6391 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007) nebst Gesamtplan – Drucksache 16/6390 – mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. In Artikel 1 Nr. 1 wird die Zahl „270 500 000 000“ durch die Zahl „272 270 000 000“ ersetzt.
2. In Artikel 1 Nr. 2 wird die Zahl „14 432 000 000“ durch die Zahl „14 433 000 000“ ersetzt.
3. Die Entwürfe der Einzelpläne 04, 11, 32 und 60 mit den aus anliegender Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen und den sich daraus ergebenden Änderungen der Abschlusssummen anzunehmen.

Zusammenstellung
des Entwurfs des Einzelplans 04
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes
– Anlage zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €**

Kapitel 0405 - Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 4 HG 2007.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch die restlichen Titel von Hauptgrp. 5 und Hauptgrp. 7.

Ausgenommen sind Tit. 529 01, 542 01, 547 09, Titelgrp. 01, Titelgrp. 02, Titelgrp. 03, Titelgrp. 04, Titelgrp. 05, Titelgrp. 06, Titelgrp. 07 und Titelgrp. 09.

Es gelten die Flexibilisierungsregelungen gem. § 5 Abs. 2 bis 4 HG 2007.

In die Flexibilisierung einbezogen sind auch die restlichen Titel von Hauptgrp. 5 und Hauptgrp. 7.

Ausgenommen sind Tit. 529 01, 542 01, 547 09, **894 10**, Titelgrp. 01, Titelgrp. 02, Titelgrp. 03, Titelgrp. 04, Titelgrp. 05, Titelgrp. 06, Titelgrp. 07 und Titelgrp. 09.

Tit. 894 10 Zuschüsse für internationale bedeutsame Kulturinvestitionen **400 000**

1. Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.
Die Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel zu Nummer 1, 5 und 6 der Erläuterungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.
2. Alle Fördermaßnahmen bedürfen der angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private.
3. Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen

Bezeichnung	1 000 €
1. Zuschussmöglichkeit für kulturelle Infrastruktursanierungsmaßnahmen	198 500
2. Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die denkmalgerechte Herrichtung des Stadtschlusses in Weimar einschließlich Ersteinrichtung	20 000
3. Zuschuss an die Klassik Stiftung Weimar für die Restaurierung von Druck- und Handschriften, für die Wiederbeschaffung von Brandverlusten an Bibliotheksgut, für die Grundsanierung des Goethe-Schiller-Archivs und die Errichtung des Bauhausmuseums	25 000
4. Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin - Brandenburg zur Durchführung eines Sanierungsplans	77 500
5. Zuschuss an die "Stiftung Festspielhaus Beethoven" in Bonn	39 000
6. Einzelprojekte Denkmalschutz	40 000
Zusammen	400 000

Zusammenstellung

des Entwurfs des Einzelplans 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
– Anlage zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €**

Kapitel 1113 - Sozialversicherung

Tgr. 02 Leistungen an die Rentenversicherung (RV)
(78 332 000)

Tgr. 02 Leistungen an die Rentenversicherung (RV)
(78 232 000)

**Tit. 636 26 Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen
Rentenversicherung**
6 356 000

Zusammenstellung

des Entwurfs des Einzelplans 32
Bundesschuld
– Anlage zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €**

Kapitel 3201 - Kreditaufnahme

Tit. 325 11 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt
14 432 000

Tit. 325 11 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt
14 433 000

Kapitel 3205 - Verzinsung

**Tit. 162 12 Zinseinnahmen aus der Anlage von Kassenmitteln
des Bundes**
606 094

Tit. 575 01 Zinsen für Bundesanleihen
25 010 738

Zusammenstellung

des Entwurfs des Einzelplans 60
Allgemeine Finanzverwaltung
– Anlage zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €**

Kapitel 6001 - Steuern

Tit. 011 01 Lohnsteuer	<i>55 824 000</i>	Tit. 011 01 Lohnsteuer	56 313 000
Tit. 012 01 Veranlagte Einkommensteuer	<i>9 414 000</i>	Tit. 012 01 Veranlagte Einkommensteuer	10 689 000
Tit. 013 01 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	<i>6 295 000</i>	Tit. 013 01 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	6 723 000
Tit. 014 01 Körperschaftsteuer	<i>11 800 000</i>	Tit. 014 01 Körperschaftsteuer	11 355 000
Tit. 015 01 Umsatzsteuer	<i>71 129 000</i>	Tit. 015 01 Umsatzsteuer	70 094 000
Tit. 016 01 Einfuhrumsatzsteuer	<i>22 839 000</i>	Tit. 016 01 Einfuhrumsatzsteuer	22 493 000
Tit. 016 02 Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	<i>-14 716 000</i>	Tit. 016 02 Zuweisungen an Länder gemäß § 11 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	-14 808 000
Tit. 017 01 Gewerbesteuerumlage	<i>1 555 000</i>	Tit. 017 01 Gewerbesteuerumlage	1 586 000
Tit. 018 01 Zinsabschlag	<i>4 066 000</i>	Tit. 018 01 Zinsabschlag	4 913 000
		Tit. 021 01 Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 700 000
Tit. 022 02 BNE-Eigenmittel der EU	<i>-14 050 000</i>	Tit. 022 02 BNE-Eigenmittel der EU	-13 800 000
Tit. 031 02 Energiesteuer (aus dem Verbrauch von anderen Heizstoffen als von Erdgas)	<i>2 021 000</i>	Tit. 031 02 Energiesteuer (aus dem Verbrauch von anderen Heizstoffen als von Erdgas)	1 560 000
Tit. 031 03 Energiesteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 031 02 und 031 04 erfasste Aufkommen)	<i>34 737 000</i>	Tit. 031 03 Energiesteuer (sonstiges Aufkommen, ohne das in den Titeln 031 02 und 031 04 erfasste Aufkommen)	35 440 000
Tit. 031 04 Energiesteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas)	<i>3 242 000</i>	Tit. 031 04 Energiesteuer (aus dem Verbrauch von Erdgas)	2 350 000

Entwurf

Beschlüsse des 8. Ausschusses

**Geldansätze bei Einnahmen und Ausgaben
sowie bei Verpflichtungsermächtigungen in 1 000 €**

(noch Kap. 6001)

Tit. 032 02 Tabaksteuer	<i>14 500 000</i>	Tit. 032 02 Tabaksteuer	14 350 000
Tit. 036 02 Versicherungsteuer	<i>10 480 000</i>	Tit. 036 02 Versicherungsteuer	10 400 000
Tit. 037 03 Stromsteuer	<i>6 450 000</i>	Tit. 037 03 Stromsteuer	6 600 000
Tit. 044 01 Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	<i>8 205 000</i>	Tit. 044 01 Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer	8 225 000
Tit. 044 02 Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer	<i>1 435 000</i>	Tit. 044 02 Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer	1 590 000
Tit. 044 03 Solidaritätszuschlag zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne das in Titel 044 05 erfasste Aufkommen)	<i>640 000</i>	Tit. 044 03 Solidaritätszuschlag zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (ohne das in Titel 044 05 erfasste Aufkommen)	685 000
Tit. 044 04 Solidaritätszuschlag zur Körperschaftsteuer	<i>1 310 000</i>	Tit. 044 04 Solidaritätszuschlag zur Körperschaftsteuer	1 285 000
Tit. 044 05 Solidaritätszuschlag zum Zinsabschlag	<i>510 000</i>	Tit. 044 05 Solidaritätszuschlag zum Zinsabschlag	615 000
		Tit. 049 03 Pauschalierte Einfuhrabgaben	1 000
Tgr. 01 Veränderungen auf Grund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	<i>(2 000 000)</i>	Tgr. 01 Veränderungen auf Grund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	(-)
Tit. 011 22 Anpassung an Einnahmeentwicklung	<i>2 000 000</i>	Tit. 011 22 Anpassung an Einnahmeentwicklung	-

Kapitel 6002 - Allgemeine Bewilligungen

Tit. 266 01 Erhebungskostenpauschale	1 068 000
Tit. 685 01 Zuschuss an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (Postbeamtenversorgungskasse)	300 000

Kapitel 6003 - Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit

Tit. 634 02 Zuweisungen an den Entschädigungsfonds

**Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der
Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen
FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

Berlin, den 15. November 2007

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender und Berichterstatter

Steffen Kampeter
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Steffen Kampeter, Carsten Schneider (Erfurt), Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Anja Hajduk

A. Allgemeine Bemerkungen

1. Überweisung

Die Bundesregierung hat am 19. Oktober 2007 den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 – Nachtragshaushaltsgesetz 2007 – dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2007 in seiner 121. Sitzung am 25. Oktober 2007 nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss gemäß § 95 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

2. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In Deutschland besteht ein erheblicher Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Um die Infrastruktur für die Kleinkinderbetreuung bedarfsgerecht auszubauen, sind erhebliche gemeinsame finanzielle Anstrengungen aller staatlichen Ebenen notwendig. Der Bund stellt daher zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung kurzfristig 2,15 Mrd. Euro zur Verfügung.

Um für Länder und Kommunen die notwendige Sicherheit über die Bereitstellung der Plätze und ihre Finanzierung zu schaffen, sollen noch in diesem Jahr die erforderlichen gesetzlichen und haushaltsmäßigen Grundlagen geschaffen werden.

Zu diesem Zweck wird ein Sondervermögen des Bundes geschaffen, aus dem Investitionen finanziert werden sollen. Diesem Sondervermögen soll noch im Jahr 2007 ein einmaliger Betrag in Höhe von 2,15 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2007 werden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen hierfür geschaffen. Der Ausbau der Kinderbetreuung kann damit schnellstmöglich beginnen.

Darüber hinaus werden im Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2007 Anpassungen bei den Steuereinnahmen sowie bei den Einnahmen aus Erlösen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes vorgenommen. Diese ergeben sich aus dem Verlauf der Haushaltsentwicklung des laufenden Jahres.

B. Besonderer Teil

1. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss

1.1 Einzelplanberatung

Im **Einzelplan 04** (Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes) beantragten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD 400 Mio. Euro zur Unterstützung wichtiger Vorhaben im Kulturbereich einzustellen. Die antragstellenden Fraktionen haben damit die Erwartung verbunden, dass die jeweiligen Sitzländer sich angemessen beteiligen oder die Gesamtfinanzierung in anderer Weise sichergestellt wird.

Knapp 200 Mio. Euro sind für die Sanierung der Staatsoper Berlin vorgesehen, sofern der mit Berlin derzeit verhandelte Hauptstadtvertrag unterzeichnet werden kann. 39 Mio. Euro entfallen auf den Neubau eines Festspielhauses Beethoven in Bonn. Die verbleibenden Mittel sollen u. a. für die Sanierung von Liegenschaften der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie für das Stadtschloss Weimar verwandt werden.

Die Veranschlagung im Bundeshaushalt 2007 erfolgt mit der Maßgabe, dass es sich jeweils um einmalige Beträge handelt, die aufgrund eines Haushaltsvermerks auch in den kommenden Jahren bewirtschaftet werden können.

Diesem Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Im **Einzelplan 11** (Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales) haben die Fraktionen der CDU/CSU und SPD beantragt, den Zuschuss des Bundes an die knappschaftliche Rentenversicherung an die aktuelle Bedarfslage anzupassen und aufgrund der Ist-Entwicklung um 100 Mio. Euro abzusenken. Diesem Antrag wurde im Haushaltsausschuss einvernehmlich zugestimmt.

Im **Einzelplan 32** (Bundesschuld) wurde dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, die Zinsausgaben für Bundesanleihen wegen der hier zu buchenden höheren Stückzinseinnahmen um 100 Mio. Euro abzusenken, einvernehmlich zugestimmt.

Dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, die Zinseinnahmen aus der Anlage von Kassenmitteln des Bundes infolge der höheren durchschnittlichen Anlage um 430 Mio. Euro zu erhöhen, wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP zugestimmt.

Im **Einzelplan 60** (Allgemeine Finanzverwaltung) sind die Ergebnisse der Steuerschätzung vom 7. November 2007 berücksichtigt und die Steuereinnahmen gegenüber dem Regierungsentwurf um 829 Mio. Euro niedriger veranschlagt worden. Gleichzeitig sind die veranschlagten Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale um 18 Mio. Euro angehoben worden. Den Anträgen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde im Haushaltsausschuss einvernehmlich zugestimmt.

Auf der Ausgabenseite kommt es aufgrund eines Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, der mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen wurde, zu einer Entlastung beim Bundeszuschuss an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. in Höhe von 400 Mio. Euro. Darüber hinaus kommt es aufgrund eines Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, dem mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt wurde, zu einer Entlastung beim Entschädigungsfonds in Höhe von 180 Mio. Euro.

1.2 Nachtragshaushaltsgesetz 2007

Dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 – Nachtragshaushaltsgesetz 2007 – in der Fassung der vorliegenden Beschlussempfehlung hat der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 15. November 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Haushaltsausschusses steigen die Ausgaben des dem Haushaltsgesetz 2007 als Anlage beigefügten Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 von 270,5 Mrd. Euro auf 272,27 Mrd. Euro.

Die Nettokreditaufnahme beträgt 14,43 Mrd. Euro.

Im Übrigen wird auf die Anlage zu diesem Bericht verwiesen.

1.3 Stellungnahmen der Fraktionen

Die Koalitionsfraktionen der **CDU/CSU** und **SPD** betonten, mit dem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2007 werde erstmals seit 15 Jahren ein Nachtragshaushalt vorgelegt, in dem die Nettokreditaufnahme sinke und nicht steige. Die beiden Fraktionen wiesen darauf hin, dass mit dem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2007 insgesamt die erfolgreiche Konsolidierungspolitik bestätigt und zugleich das wichtige Ziel erreicht werde, einen wesentlichen Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik zu leisten.

Neben einer Absenkung der Privatisierungserlöse im Entwurf um 4,7 Mrd. Euro und einer Erhöhung der Steuereinnahmen infolge der Ergebnisse der Steuerschätzungen um 11,2 Mrd. Euro werde mit dem Nachtragshaushalt 2007 die Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro für den Kinderbetreuungsausbau für unter 3-Jährige umgesetzt. Die Nettokreditaufnahme 2007 werde darüber hinaus im Nachtragsentwurf um 5,2 Mrd. Euro auf 14,4 Mrd. Euro gesenkt.

Die Fraktionen der **CDU/CSU** und **SPD** erklärten, sie hätten bei unveränderter Höhe der Nettoneuverschuldung in den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2007 qualitative Umschichtungen hin zu Zuschüssen in Höhe von 400 Mio. Euro für national besonders bedeutsame Kulturinvestitionen vorgenommen. Noch in 2007 könnten die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die in den kommenden Jahren bedarfsgerecht genutzt werden könnten. Die Fraktionen der **CDU/CSU** und **SPD** betonten, die Fördermaßnahmen bedürften einer angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private sowie der Einwilligung des Haushaltsausschusses.

Die Fraktion der **FDP** vertrat im Ausschuss die Auffassung, der Nachtragshaushalt 2007 sei mangelhaft und entspreche nicht den Gepflogenheiten seriöser Haushaltspolitik. Den selbstverkündeten Zielen einer soliden Haushaltspolitik komme dieser Nachtragshaushalt 2007 in keiner Weise nach. Eher falle der Nachtragshaushalt in die Rubrik „Tar-

nen und Täuschen“. Wer die Anpassung arbeitsmarktrelevanter Haushaltstitel wie den Aussteuerungsbetrag und das Arbeitslosengeld II mit Veränderungen in Milliardenhöhe unterlasse, lege dem Parlament einen unvollständigen und damit unsoliden Nachtragshaushalt vor.

Zu kritisieren sei zudem, dass der Bundesminister der Finanzen die Nettokreditaufnahme bewusst künstlich hoch halte. Eine Nettokreditaufnahme von deutlich unter 10 Mrd. Euro sei möglich gewesen, wenn nicht Privatisierungserlöse in Höhe von 4,7 Mrd. Euro in das nächste Jahr geschoben, gleichzeitig ein Sondervermögen (Kinderbetreuungsausbau) von 2,15 Mrd. Euro gebildet und 400 Mio. Euro kurzerhand für den Kulturbereich zur Verfügung gestellt worden wären. Der Bundesminister der Finanzen entziehe dem Haushalt 2007 handstreichartig 7,25 Mrd. Euro auf diese Art und Weise.

Die Fraktion **DIE LINKE.** wies im Ausschuss darauf hin, dass durch die Beteiligung des Bundes am Ausbau der Kinderbetreuung ein Teil der Forderungen erfüllt werde, die die Fraktion **DIE LINKE.** seit Jahren gestellt habe. Falsch sei, dass die notwendigen Qualitätsverbesserungen in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie deren bessere Entlohnung unberücksichtigt bleiben. Die Fraktion **DIE LINKE.** sei nicht damit einverstanden, Mittel des Jahres 2007 für Zahlungen einzusetzen, die erst in zukünftigen Jahren fällig werden. Absicht der Bundesregierung sei es, alles dafür zu tun, dass die Neuverschuldungskurve in Richtung des voraussichtlichen Bundestagswahljahres 2009 durch Vorziehen von Ausgaben nach unten zeige. Die Fraktion **DIE LINKE.** lehne solche Haushaltskosmetik ab. Die Bundesregierung missbrauche den Nachtragshaushalt 2007, um sich das Land Berlin gefügig zu machen. Im Nachtragshaushalt seien 198,5 Mio. Euro für die Sanierung der Berliner Staatsoper vorgesehen. Dieses Geld solle jedoch nur fließen, wenn Berlin sich bereit erklärt, Defizite des Flughafens Berlin-Tempelhof zu tragen und gleichzeitig den Bund an zukünftigen Erlösen aus der Verwertung des dann ehemaligen Flughafens beteiligt. Nach jahrelanger **CDU-SPD-Misswirtschaft** sehe Berlin mit Rot-Rot endlich Licht am Ende des Tunnels. Die Bundesregierung lege es darauf an, die Dunkelphase Berlins zu verlängern.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies im Ausschuss darauf hin, dass für das Jahr 2007 bei Haushaltsabschluss eine Nettokreditaufnahme von 19,6 Mrd. Euro veranschlagt worden sei. Durch die laufende Konjunktur seien für den Bund Mehreinnahmen im laufenden Jahr in Höhe von über 11 Mrd. Euro zu erwarten. Deshalb könne man im Jahresabschluss 2007 eine Nettokreditaufnahme von „nur“ noch 9 Mrd. Euro erreichen. Stattdessen schütze die Koalition aus **CDU, CSU** und **SPD** im Nachtragshaushalt 2007 das Füllhorn aus und belasse es bei einer Neuverschuldung von 14,4 Mrd. Euro. Mit der geplanten Nettokreditaufnahme von 11,9 Mrd. Euro in 2008 werde deutlich, dass die Koalition geradezu das Gegenteil konsequenter Konsolidierungsbemühungen betreibe – ein Armutszeugnis und haushaltspolitischer Offenbarungseid.

Berlin, den 15. November 2007

Steffen Kampeter
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Anja Hajduk
Berichterstatterin

**Nachtrag
Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
2007**

Teil I: Haushaltsübersicht

- Einnahmen
- Ausgaben
- Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Bisherige Gesamt- einnahmen 2007 1 000 €	Neue Gesamt- einnahmen 2007 1 000 €	Gesamt- einnahmen 2006 1 000 €	gegenüber 2006 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
1	2	3	4	5	6
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.....	164	164	134	+30
02	Deutscher Bundestag.....	1 650	1 650	1 800	-150
03	Bundesrat.....	56	56	44	+12
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.....	2 963	2 963	3 000	-37
05	Auswärtiges Amt.....	114 167	114 167	104 234	+9 933
06	Bundesministerium des Innern.....	408 335	408 335	384 052	+24 283
07	Bundesministerium der Justiz.....	329 563	329 563	328 685	+878
08	Bundesministerium der Finanzen.....	787 851	787 851	848 920	-61 069
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Techno- logie.....	272 224	272 224	270 082	+2 142
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	132 954	132 954	135 075	-2 121
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	5 776 319	5 776 319	5 782 298	-5 979
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtent- wicklung.....	4 901 806	4 901 806	4 751 874	+149 932
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	176 290	176 290	322 310	-146 020
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	58 099	58 099	60 866	-2 767
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.....	78 236	78 236	76 523	+1 713
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	63 103	63 103	64 452	-1 349
19	Bundesverfassungsgericht.....	34	34	38	-4
20	Bundesrechnungshof.....	376	376	374	+2
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung.....	713 515	713 515	657 415	+56 100
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	252 461	252 461	261 986	-9 525
32	Bundesschuld.....	20 656 194	15 939 194	41 623 801	-25 684 607
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	235 773 640	242 260 640	205 922 037	+36 338 603
	Einnahmen	270 500 000	272 270 000	261 600 000	+10 670 000

Zu Spalte 4: darin enthalten sind

Steuereinnahmen in Höhe von 231 699 000 T€

Einnahmen aus Krediten in Höhe von 14 433 000 T€

sowie sonstige Einnahmen in Höhe von 26 138 000 T€

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben 2007 1 000 €	Verwaltungs- einnahmen 2007 1 000 €	Übrige Einnahmen 2007 1 000 €
1	2	6	7	8
	Es treten hinzu:			
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt.....	-	-	-
02	Deutscher Bundestag.....	-	-	-
03	Bundesrat.....	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.....	-	-	-
05	Auswärtiges Amt.....	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern.....	-	-	-
07	Bundesministerium der Justiz.....	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen.....	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie..	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	-	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtent- wicklung.....	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.....	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	-	-	-
19	Bundesverfassungsgericht.....	-	-	-
20	Bundesrechnungshof.....	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenar- beit und Entwicklung.....	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	-	-	-
32	Bundesschuld.....	-	-	-4 717 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	11 169 000	-4 700 000	18 000
	Summe Nachtrag 2007	11 169 000	-4 700 000	-4 699 000
	Bisherige Summe Haushalt 2007	220 760 000	19 538 925	30 201 075
	Neue Summe Haushalt 2007	231 929 000	14 838 925	25 502 075
	Summe Haushalt 2006	194 185 000	16 183 391	51 231 609
	gegenüber 2006 mehr(+)/weniger(-)	37 744 000	-1 344 466	-25 729 534

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Bisherige Gesamt- ausgaben 2007 1 000 €	Neue Gesamt- ausgaben 2007 1 000 €	Gesamt- ausgaben 2006 1 000 €	gegenüber 2006 mehr (+) weniger (-) 1 000 €
1	2	3	4	5	6
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsi- dialamt.....	25 072	25 072	25 198	-126
02	Deutscher Bundestag.....	631 501	631 501	596 118	+35 383
03	Bundesrat.....	21 023	21 023	20 457	+566
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanz- leramt.....	1 733 933	2 133 933	1 678 391	+455 542
05	Auswärtiges Amt.....	2 510 897	2 510 897	2 390 523	+120 374
06	Bundesministerium des Innern.....	4 484 443	4 484 443	4 358 969	+125 474
07	Bundesministerium der Justiz.....	453 107	453 107	441 114	+11 993
08	Bundesministerium der Finan- zen.....	4 598 998	4 598 998	4 874 812	-275 814
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.....	6 036 386	6 036 386	5 717 919	+318 467
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz.....	5 171 544	5 171 544	5 090 241	+81 303
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	124 410 713	124 310 713	119 551 450	+4 759 263
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.....	24 606 669	24 606 669	23 737 337	+869 332
14	Bundesministerium der Verteidi- gung.....	28 389 862	28 389 862	27 872 495	+517 367
15	Bundesministerium für Gesund- heit.....	2 920 437	2 920 437	4 598 424	-1 677 987
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher- heit.....	844 025	844 025	789 918	+54 107
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	5 250 018	7 400 018	4 519 204	+2 880 814
19	Bundesverfassungsgericht.....	20 370	20 370	20 678	-308
20	Bundesrechnungshof.....	109 265	109 265	109 081	+184
23	Bundesministerium für wirtschaftli- che Zusammenarbeit und Entwick- lung.....	4 493 559	4 493 559	4 175 837	+317 722
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	8 518 605	8 518 605	8 025 766	+492 839
32	Bundesschuld.....	40 496 383	40 396 383	39 114 390	+1 281 993
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	4 773 190	4 193 190	3 891 678	+301 512
	Ausgaben	270 500 000	272 270 000	261 600 000	+10 670 000

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Summe Spalten 8 bis 14 2007 1 000 €	Personal- ausgaben 2007 1 000 €	Sächliche Verwaltungs- ausgaben 2007 1 000 €	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw. 2007 1 000 €
1	2	7	8	9	10
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidial- amt.....	-	-	-	-
02	Deutscher Bundestag.....	-	-	-	-
03	Bundesrat.....	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt....	400 000	-	-	-
05	Auswärtiges Amt.....	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern.....	-	-	-	-
07	Bundesministerium der Justiz.....	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen.....	-	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.....	-	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirt- schaft und Verbraucherschutz.....	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Sozia- les.....	-100 000	-	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.....	-	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.....	-	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	2 150 000	-	-	-
19	Bundesverfassungsgericht.....	-	-	-	-
20	Bundesrechnungshof.....	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung.....	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung.....	-	-	-	-
32	Bundesschuld.....	-100 000	-	-	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	-580 000	-	-	-
	Summe Nachtrag 2007	1 770 000	-	-	-
	Bisherige Summe Haushalt 2007	270 500 000	26 203 838	8 258 869	8 654 498
	Neue Summe Haushalt 2007	272 270 000	26 203 838	8 258 869	8 654 498
	Summe Haushalt 2006	261 600 000	26 236 623	7 774 568	8 425 851
	gegenüber 2006 mehr(+)/weniger(-)	+10 670 000	-32 785	484 301	228 647

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Epl.	Bezeichnung	Schulden- dienst 2007 1 000 €	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 2007 1 000 €	Ausgaben für Investitionen 2007 1 000 €	Besondere Finanzierungs- Ausgaben 2007 1 000 €
1	2	11	12	13	14
	Es treten hinzu:				
01	Bundespräsident und Bundespräsidial- amt.....	-	-	-	-
02	Deutscher Bundestag.....	-	-	-	-
03	Bundesrat.....	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzler- amt.....	-	-	400 000	-
05	Auswärtiges Amt.....	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern.....	-	-	-	-
07	Bundesministerium der Justiz.....	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen.....	-	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.....	-	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz...	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Sozia- les.....	-	-100 000	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.....	-	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Natur- schutz und Reaktorsicherheit.....	-	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	-	-	2 150 000	-
19	Bundesverfassungsgericht.....	-	-	-	-
20	Bundesrechnungshof.....	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und For- schung.....	-	-	-	-
32	Bundesschuld.....	-100 000	-	-	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	-	-580 000	-	-
	Summe Nachtrag 2007	-100 000	-680 000	2 550 000	-
	Bisherige Summe Haushalt 2007	39 278 383	164 644 294	23 956 507	-496 389
	Neue Summe Haushalt 2007	39 178 383	163 964 294	26 506 507	-496 389
	Summe Haushalt 2006	37 556 990	159 080 675	23 224 645	-699 352
	gegenüber 2006 mehr(+)/weniger(-)	1 621 393	4 883 619	3 281 862	202 963

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil I: Haushaltsübersicht

Verpflichtungsermächtigungen und deren Fälligkeiten

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 2007 1 000 €	von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden				
			2008 1 000 €	2009 1 000 €	2010 1 000 €	Folgejahre 1 000 €	in künftigen Haushalts- jahren 1 000 €
1	2	3	4	5	6	7	8
	Es treten hinzu:						
02	Deutscher Bundestag.....	-	-	-	-	-	-
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.....	-	-	-	-	-	-
05	Auswärtiges Amt.....	-	-	-	-	-	-
06	Bundesministerium des Innern.....	-	-	-	-	-	-
08	Bundesministerium der Finanzen.....	-	-	-	-	-	-
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.....	-	-	-	-	-	-
10	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	-	-	-	-	-	-
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	-	-	-	-	-	-
12	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.....	-	-	-	-	-	-
14	Bundesministerium der Verteidigung.....	-	-	-	-	-	-
15	Bundesministerium für Gesundheit.....	-	-	-	-	-	-
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.....	-	-	-	-	-	-
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	-	-	-	-	-	-
20	Bundesrechnungshof.....	-	-	-	-	-	-
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	-	-	-	-	-	-
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung.....	-	-	-	-	-	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung.....	-	-	-	-	-	-
	Summe Nachtrag 2007	-	-	-	-	-	-
	Bisherige Summe Haushalt 2007	47 887 084	10 867 252	8 217 056	5 344 845	8 232 951	15 224 980
	Neue Summe Haushalt 2007	47 887 084	10 867 252	8 217 056	5 344 845	8 232 951	15 224 980

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil II:

Finanzierungsübersicht

1	Finanzierungsübersicht 2	Bisheriger Betrag für 2007	Für 2007 treten hinzu	Neuer Betrag für 2007
		1 000 €		
1	2	3	4	5
1.	Ermittlung des Finanzierungssaldos.....	- 19 810 000	- 5 147 000	- 14 663 000
1.1	Ausgaben..... (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)	270 500 000	1 770 000	272 270 000
1.2	Einnahmen..... (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Ein- nahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßi- gen Überschüssen und Münzeinnahmen)	250 690 000	6 917 000	257 607 000
2.	Deckung des Finanzierungssaldos.....	19 810 000	- 5 147 000	14 663 000
2.1	Nettoneuverschuldung / Nettotilgung am Kreditmarkt... (Saldo aus 2.1.1, 2.1.2, 2.1.3 und 2.1.4)	19 580 000	- 5 147 000	14 433 000
2.1.1	Einnahmen.....	(238 091 463)	(- 10 040 715)	(228 050 748)
2.1.1.1	aus Krediten vom Kreditmarkt.....	237 957 413	- 10 745 998	227 211 415
2.1.1.2	aus sonstigen Einnahmen.....	134 050	705 283	839 333
2.1.2	Ausgaben zur Schuldentilgung.....	(216 384 543)	- 293 513	(216 091 030)
2.1.2.1	durch Kredite vom Kreditmarkt.....	216 250 493	- 998 796	215 251 697
2.1.2.2	durch sonstige Einnahmen.....	134 050	705 283	839 333
2.1.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge...	-	-	-
2.1.4	Marktpflege.....	2 126 920	- 4 600 203	- 2 473 283
2.2	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen.....	-	-	-
2.3	Rücklagenbewegung.....	(-)	-	(-)
2.3.1	Entnahmen aus Rücklagen.....	-	-	-
2.3.2	Zuführung an Rücklagen.....	-	-	-
2.4	Münzeinnahmen.....	230 000	-	230 000

Nachtrag zum Gesamtplan - Teil III:

Kreditfinanzierungsplan

1	Kreditfinanzierungsplan 2	Bisheriger Betrag für 2007	Für 2007 treten hinzu	Neuer Betrag für 2007
		1 000 €		
		3	4	5
	Im Haushaltsplan veranschlagte Nettoneuverschuldung (Saldo aus 1. u. 2.)	19 580 000	- 5 147 000	14 433 000
1.	Einnahmen	238 091 463	- 10 040 715	228 050 748
1.1	Bruttokreditaufnahme.....	(237 957 413)	(- 10 745 998)	(227 211 415)
1.1.1	aus Krediten vom Kreditmarkt:			
1.1.1.1	zur Anschlussfinanzierung für Tilgungen.....	216 250 493	- 998 795	215 251 698
1.1.1.2	zur Eigenbestandsveränderung (- = Abbau).....	2 126 920	- 4 600 203	- 2 473 283
1.1.1.3	Nettokreditbedarf.....	19 580 000	- 5 147 000	14 433 000
1.1.2	voraussichtlich mit folgenden Laufzeiten:			
1.1.2.1	mehr als vier Jahre.....	102 870 350	- 5 598 461	97 271 889
1.1.2.2	ein bis vier Jahre.....	62 100 000	- 3 664 266	58 435 734
1.1.2.3	weniger als ein Jahr.....	72 987 063	- 1 483 271	71 503 792
1.2	Sonstige Einnahmen.....	(134 050)	(705 283)	(839 333)
1.2.1	zur Schuldentilgung:	(134 050)	(705 283)	(839 333)
1.2.1.1	aus Einnahmen bei Kap. 6002 Tit. 133 01 gem. § 2 Abs. 2 Satz 3 HG 2007.....	-	-	-
1.2.1.2	aus Mehreinnahmen am Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank bei Kap. 6002 Tit. 121 04 gem. § 2 Abs. 2 Satz 4 HG 2007.....	-	705 283	705 283
1.2.1.3	aus Länderbeiträgen in Höhe von 134 Mio. € nach dem Gesetz zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen (ARG); Veranschlagung im Wirtschaftsplan des ELF (Kap. 6003).	134 050	-	134 050
2.	Ausgaben	218 511 463	- 4 893 715	213 617 748
2.1	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt.....	(216 384 543)	- 293 513	(216 091 030)
2.1.1	Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von mehr als vier Jahren.....	(83 040 319)	(497 086)	(83 537 405)
2.1.1.1	Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung.....	-	-	-
2.1.1.2	Anleihen.....	31 000 000	-	31 000 000
2.1.1.3	Bundesschatzbriefe.....	2 051 816	496 893	2 548 709
2.1.1.4	Schuldscheindarlehen.....	11 986 974	378	11 987 352
2.1.1.5	Bundesobligationen.....	38 000 000	-	38 000 000
2.1.1.6	Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen).....	1 529	-95	1 434
2.1.1.7	Medium-Term-Note Programm der Treuhandanstalt.....	-	-	-
2.1.1.8	Sonstige.....	-	-90	-90
2.1.2	Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von einem bis zu vier Jahren.....	(60 580 071)	(472 291)	(61 052 362)
2.1.2.1	Bundesschatzanweisungen.....	58 000 000	-	58 000 000
2.1.2.2	Unverzinsliche Schatzanweisungen.....	-	-	211 000
2.1.2.3	Finanzierungsschätze des Bundes.....	2 519 671	247 291	2 766 962
2.1.2.4	Schuldscheindarlehen.....	60 400	14 000	74 400
2.1.2.5	Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte).....	-	-	-
2.1.3	Tilgung von Schulden mit Laufzeiten von weniger als einem Jahr.	72 764 153	- 1 262 890	71 501 263
2.1.4	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge.....	-	-	-
2.2	Eigenbestandsveränderung (- = Abbau).....	2 126 920	- 4 600 203	- 2 473 283

